

A)

1. **Welche Rolle spielen innovative, gemeinwohlorientierte Wohnformen in Ihrer wohnungspolitischen Ausrichtung?**

Gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte bieten aus unserer Sicht eine Alternative zum klassischen Wohnungsbau, die wir unterstützen. Sie werden aber nicht alleine den dringend zusätzlich benötigten Wohnraum schaffen. Daher wollen wir gerade in der jetzigen Krise den privaten Wohnungsbau stärken, indem wir staatliche Kostentreiber minimieren, Genehmigungsverfahren konsequent digitalisieren und bürokratische Hürden abbauen.

2. **Mit welchen wohnungspolitischen Strategien werden Sie dem wachsenden Bedarf an innovativen, gemeinwohlorientierten Wohnformen in den Städten sowie in ländlichen Regionen begegnen?**

Aus unserer Sicht ist es im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zuvorderst Aufgabe der Kommunen, den Bedarf an verschiedenen Wohnformen vor Ort zu erkennen und diesem Bedarf Rechnung zu tragen. Der Bedarf an verschiedenen Wohnformen kann regional sehr unterschiedlich ausfallen. Wir wollen in diese wichtige Aufgabe der Kommunen nicht landespolitisch eingreifen. Gleichwohl wollen wir die Wohnraumförderprogramme des Landes an neue und innovative Wohnformen anpassen und diese ermöglichen.

B)

1. **Welche Möglichkeiten einer langfristigen Förderung der Landesberatungsstelle gemeinschaftliches Wohnen in Hessen sehen Sie?**

Wir halten die derzeitige Förderung der Landesberatungsstelle gemeinschaftliches Wohnen in Hessen für ausreichend.

2. **Wie stellen Sie sich eine zukünftige Zusammenarbeit zwischen Landesberatungsstelle gemeinschaftliches Wohnen in Hessen, Politik auf Landesebene und Ministerien vor?**

Wir stellen uns eine konstruktive und lösungsorientierte Zusammenarbeit zwischen der Landesberatungsstelle gemeinschaftliches Wohnen in Hessen, Politik auf Landesebene und Ministerien vor, die die wichtigen

C)

1. **Was planen Sie, um den Beratungsbedarf von Bürger:innen, Gebietskörperschaften und Fachleuten zu neuen Wohnformen im Alter zu decken?**

Wir Freie Demokraten wollen mehr barrierefreien oder -armen Wohnraum in Bestand und Neubau. So wollen wir Menschen ermöglichen, möglichst lange selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld leben zu können. Das Thema altersgerechtes Wohnen muss stärker in das Bewusstsein aller Akteure in Bund, Land und Kommunen rücken. In diesem Zusammenhang begrüßen wir, dass bereits heute ein breites Angebot an Beratungsstellen und Organisationen existiert, die Immobilieneigentümer und Nutzer über Anpassungs- und Veränderungsmöglichkeiten informieren und unabhängige Beratungsleistungen anbieten. Insofern sehen wir keinen Bedarf, für weitere durch das Land getragene Beratungsangebote, die am Ende auch immer über knappe Steuermittel finanziert werden müssen.

2. **Mit welchen Konzepten werden Sie das Thema Wohnen im Alter künftig adressieren?**

Die Erstellung von Konzepten zu altersgerechtem Wohnen ist aus unserer Sicht Aufgabe der Kommunen. Die Anforderungen können regional höchst unterschiedlich ausfallen. In Ballungsräumen ergeben sich völlig andere Probleme als in den ländlichen Regionen. Das Land ist gefordert, angemessene Rahmenbedingungen zu setzen und die eigenen Förderprogramme finanziell gut auszustatten sowie praxisnah und bürokratiearm zu gestalten.

D)

1. **Welche Instrumente für eine klimafreundliche Wohnraummobilisierung sehen Sie?**

Wir wollen den Ausbau von Dachgeschossen in die Liste der genehmigungsfreien Vorhaben (§ 63 HBO) aufnehmen. Dadurch soll der Ausbau von Dachgeschossen zu Wohnzwecken grundsätzlich ohne Genehmigung möglich sein, sofern statische und konstruktive Sicherheit gewährleistet ist. Mit diesem Schritt zur Entbürokratisierung leisten wir einen Beitrag, damit schnell, kostengünstig und flächensparsam neuer Wohnraum entsteht. Abgesehen davon wird Nachverdichtung alleine im Ballungsraum nicht ausreichend sein, sodass es auch genügend Flächen für Neubauprojekte im Außenbereich braucht.

2. **Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, dass künftig auch durch Senior:innen preislich attraktive und qualitätsvolle altersgerechte Wohnmöglichkeiten selbstbestimmt gestaltet werden können?**

Wir wollen die Diskriminierung von Genossenschaften und Personengesellschaften in der Förderpraxis des Landes beenden. Darüber hinaus soll das Land eigene Liegenschaften, die sich für die Nutzung oder Entwicklung als Wohnraum eignen, dazu nutzen, altersgerechte Wohnmöglichkeiten zu entwickeln.

E)

1. **Welche Verbesserungsmöglichkeiten sehen Sie in der Richtlinie des Landes Hessen zur sozialen Mietwohnraumförderung, um diese auch für innovative Wohnkonzepte besser nutzbar zu machen?**

Wir wollen die soziale Mietwohnraumförderung des Landes umfassend entbürokratisieren um so mehr Raum für Kreativität und innovative Wohnkonzepte zu schaffen.